

MEDIEN-INFORMATION

Mittwoch, den 25. April 2007

JU-Chef Mißfelder: Türkei muss sich ihrer Geschichte stellen und Nationalismus überwinden

Anlässlich der Rede von Bundestagspräsident Dr. Norbert Lammert MdB (CDU) zum gestrigen Gedenktag für die Opfer des Genozids an den Armeniern erklärt der Bundesvorsitzende der Jungen Union Deutschlands, Philipp Mißfelder MdB:

„Am 24. April wird der Gedenktag für die Opfer des Genozids an den Armeniern begangen, der an jenem Tag im Jahr 1915 mit der Verhaftung, Deportation und Ermordung armenischer Künstler, Schriftsteller, Politiker und weiterer Repräsentanten des öffentlichen Lebens im damaligen Konstantinopel begann. In den folgenden Monaten sind bis ins Jahr 1916 hinein bei Vertreibungen, Zwangsumsiedlungen und Massakern zwischen 600.000 und 1,5 Millionen Armenier im Osmanischen Reich gestorben. Bundestagspräsident Dr. Norbert Lammert MdB hat am gestrigen Abend vor der Armenischen Gemeinde zu Berlin die Gelegenheit ergriffen, im Namen des Deutschen Bundestages an diese tragischen Ereignisse zu erinnern.

Im Gegensatz zu zahlreichen Staaten der Europäischen Union weigert sich die Türkei bis heute, diese historischen Tatsachen anzuerkennen, obgleich die moderne Türkei sich gar nicht in der Tradition des osmanischen Vielvölkerstaates sieht. Statt sich der Vorgeschichte des türkischen Staates in allen positiven und negativen Aspekten zu stellen, wehrt sich die Regierung der Türkei seit vielen Jahren in oft aggressiven politischen Kampagnen und mit Boykottdrohungen gegen die historische Faktenlage, die vom Deutschen Bundestag am 16. Juni 2005 in einer Entschließung offiziell anerkannt wurde, die auch das Bedauern über die damalige passive Haltung des Deutschen Reiches einschließt.

Die Frage des Umgangs der Türkei mit dem Völkermord an den Armeniern ist keine abstrakte Geschichtspolitik, sondern ein wichtiger Prüfstein für die Einschätzung der Türkei als Partner. Zugleich kann gerade dieses Thema ein wichtiger Anstoß bei der Entwicklung der türkischen Gesellschaft und bei der Überwindung ihres virulenten Nationalismus sein. Die blutige Ermordung der drei Mitglieder einer evangelischen Gemeinde letzte Woche in Malatya zeigt ebenso wie die Ermordung des armenischen-türkischen Publizisten Hrant Dink, des katholischen Priesters Andrea Santoro und der Selbstmordanschlag auf die Neve-Schalom-Synagoge in Istanbul 2003, dass die Auseinandersetzung mit dem Milieu des Islamismus eine große politische Herausforderung für die Türkei ist, an der sich die Zukunft des Landes unabhängig von der Frage der angestrebten EU-Mitgliedschaft entscheidet.“

Verantwortlich: **Thomas Dautzenberg** (Bundesgeschäftsführer)

Junge Union Deutschlands • Bundesgeschäftsstelle
Inselstraße 1 b • 10179 Berlin • Tel: 030/27 87 87-0 • Fax: 030/27 87 87-20
geschaefsfuehrer@junge-union.de • www.junge-union.de